

Pressemitteilung

BWKG-Blitzumfrage: Krankenhäusern im Land fehlen 800 Mio. Euro allein in 2023

Scheffold: Krankenhäuser brauchen jetzt schnell eine stabile finanzielle Basis – ansonsten droht kalter Strukturwandel statt geordneter Reform

Ihre Ansprechpartnerin:
Annette Baumer
Referentin für
Presse und Politik
Telefon 0711 25777-45
Telefax 0711 25777-99
baumer@bwkg.de

Stuttgart, 20.03.2023

„Wenn nicht schnell etwas getan wird, fehlen den Krankenhäusern im Land allein im Jahr 2023 mindestens 800 Mio. Euro. Sie brauchen **jetzt** Hilfe“, so der Vorstandsvorsitzende der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG), Heiner Scheffold. Die Ergebnisse einer BWKG-Blitzumfrage, die in den vergangenen Tagen durchgeführt wurde, seien alarmierend. Ein Vertrösten auf eine künftige Krankenhausreform, die vielleicht eine bessere Finanzierung von Vorhaltekosten bringt, sei nicht hinnehmbar.

„Wenn die Finanzen der Krankenhäuser nicht umgehend stabilisiert werden, ist ein kalter Strukturwandel vorprogrammiert. Dann fehlen möglicherweise Krankenhäuser, die für die Versorgung der Menschen im Land dringend erforderlich sind“, unterstreicht Scheffold. Für eine geordnete Krankenhausreform wäre es dann zu spät. „Der Bundesgesundheitsminister behauptet, nur mit seiner Krankenhausreform könnten Kliniken vor einer Insolvenz bewahrt werden. Tatsächlich gefährdet seine Politik die finanzielle Stabilität der Kliniken zunehmend. Er ist damit eher Verursacher als Problemlöser“, so Scheffold weiter.

„Für 2023 erwarten die Krankenhäuser im Land ein Defizit von 800 Mio. Euro. Fast die Hälfte davon – 375 Mio. Euro – wurde durch politische Eingriffe in den letzten sechs Monaten verursacht. Diese Fehlentscheidungen müssen als erstes korrigiert werden“, so Scheffold. Dies betreffe die folgenden Punkte: Erstens habe das Bundesgesundheitsministerium die Vergütung der Fallpauschalen zu Lasten der Krankenhäuser abgesenkt, ohne eine sachliche Grundlage hierfür zu haben. Dadurch wurden den Krankenhäusern im Land rund 45 Mio. Euro entzogen. Zweitens habe das Bundesgesundheitsministerium die Berechnungsformel für den Landesbasisfallwert – den Preis der Krankenhausleistungen – ungerechtfertigt verändert. Das koste die Krankenhäuser in Baden-Württemberg im Jahr 2023 nochmals mindestens 65 Mio. Euro.

„Drittens kommt die versprochene Entlastung für die massiv gestiegenen Energiekosten nur in Bruchteilen bei den Krankenhäusern an“, unterstreicht der Vorstandsvorsitzende, der auch Landrat des Alb-Donau-Kreises ist. Bundesweit stehen 4,5 Mrd. Euro für die Finanzierung dieser Kosten zur Verfügung. Die Voraussetzungen zum Abruf dieser Mittel wurden – entgegen der deutlichen Positionierung der Krankenhäuser – so ausgestaltet, dass $\frac{3}{4}$ der Kliniken trotz stark gestiegener Energiekosten leer ausgehen. Damit kann nur ein Bruchteil der angekündigten Mittel bei den Kliniken ankommen. Im Jahr 2023 würden den Krankenhäusern im Land eigentlich 310 Mio. Euro zustehen. Aktuell geht die BWKG davon aus, dass sie nur 45 Mio. Euro erhalten. Die restlichen 265 Mio. Euro oder 85 % der Mittel werden dringend benötigt, kommen aber nicht zur Auszahlung.

„Den Krankenhäusern fehlen also 45 Mio. Euro wegen niedrigerer Fallpauschalen, 65 Mio. Euro wegen der Änderungen beim Landesbasisfallwert und 265 Mio. Euro der Energiehilfen kommen nicht an. Allein durch politische Eingriffe fehlen somit 375 Mio. Euro. Das können die Kliniken im Land nicht verkraften“, so Scheffold. Diese absolut unverständliche Politik verschärfe die sowieso schwierige finanzielle Situation der Krankenhäuser weiter. Die Alarmmeldungen aus den Krankenhäusern hätten in den letzten Wochen massiv zugenommen und beträfen auch immer mehr Krankenhäuser, die bisher noch einigermaßen gut durch die Turbulenzen der Coronapandemie gekommen seien. Aus diesem Grund habe die BWKG kurzfristig eine Umfrage durchgeführt, die dramatische Ergebnisse zeigt. Für das Jahr 2023 rechnen 76,8 % der Kliniken mit roten Zahlen. In den Wirtschaftsplänen der Häuser klafft eine Lücke von 800 Mio. Euro.

Der BWKG-Vorstandsvorsitzende fasst die drei Kernforderungen der Krankenhäuser zusammen, die kurzfristig umgesetzt werden müssen:

- „1. Der Bundesgesundheitsminister muss die ungerechtfertigte Absenkung der Vergütungen genauso zurücknehmen, wie die grundlosen Veränderungen beim Landesbasisfallwert und dafür sorgen, dass die versprochenen Entlastungen bei den Energiepreisen in vollem Umfang und schnell ankommen, am besten über Pauschalzahlungen.
2. Es muss sichergestellt werden, dass die absehbar stark steigenden Tarifvergütungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken mit den Vergütungen des Jahres 2023 vollständig finanziert werden.
3. Im Vorgriff auf die mit der Krankenhausreform geplante Vorhaltefinanzierung müssen die Krankenhäuser schon im Jahr 2023 gegen Verluste aufgrund von geringeren Fallzahlen abgesichert werden. Dazu ist ein Ganzjahresausgleich notwendig.“

Wenn von Seiten der Bundesebene nichts passiere sei absehbar, dass der Ruf nach Unterstützung durch das Land immer lauter werde.

Zentrale Ergebnisse der repräsentativen Umfrage sind in der Anlage beigefügt.

Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e.V. (BWKG) ist ein Zusammenschluss von 476 Trägern mit 196 Krankenhäusern, 135 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie 785 Pflegeeinrichtungen (davon 123 ambulante Pflegedienste und 58 Einrichtungen der Eingliederungshilfe), die über insgesamt 130.770 Betten/Plätze sowie ambulante Behandlungskapazitäten verfügen. Die Einrichtungen beschäftigen mehr als 250.000 Mitarbeiter. Die BWKG wurde 1953 von den vier regionalen Krankenhausverbänden und –arbeitsgemeinschaften gegründet, die es damals auf dem Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg gab. Sie steht Einrichtungen unabhängig von deren Rechtsform und Trägerstruktur offen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.